

Antrag 17/II/2022**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Landesvorstand, Wiedervorlage LPT II-2023 (Konsens)****Kostenübernahme der Gebärdensprach- und Schriftdolmetscher*innen für Menschen mit Hörbehinderungen (Gehörlose/Taube und Schwerhörige)**

- 1 Gehörlose/taube sowie schwerhörige Menschen verwen-
- 2 den die Deutsche Gebärdensprache (DGS), die als eigen-
- 3 ständige Sprache anerkannt ist. Untereinander benutzen
- 4 gehörlose/taube und schwerhörige Menschen die DGS
- 5 problemlos. Die meisten schwerhörigen Menschen nut-
- 6 zen die Lautsprache.
- 7
- 8 Es gibt durchaus auch Gehörlose/Taube, Schwerhörige
- 9 bzw. Menschen mit Behinderungen, die sich politisch in
- 10 den Parteien engagieren wollen und gegebenenfalls auch
- 11 für das Europäische Parlament, den Bundestag, das Abge-
- 12 ordnetenhaus oder die Bezirksverordnetenversammlung
- 13 kandidieren möchten. Gehörlose/taube Menschen kön-
- 14 nen sich in dieser Arbeit vor allem durch ihre eigenen
- 15 Erfahrungen für das Gemeinwohl der Gesellschaft und
- 16 insbesondere für die Bedürfnisse von Menschen mit Be-
- 17 hinderung einsetzen. Ihre Teilnahme am politischen Ge-
- 18 schehen ist aber stark dadurch erschwert, dass gehör-
- 19 lose und hörende Menschen unterschiedliche Wege der
- 20 Kommunikation haben. Da wenige hörende Menschen
- 21 Gebärdensprachkompetenz haben, funktioniert Kommu-
- 22 nikation häufig schriftlich, zum Beispiel via Chat. Das
- 23 dauert aber länger und ist frustrierend für die Beteilig-
- 24 ten. Das sind Barrieren, die mithilfe von Gebärdensprach-
- 25 und/oder Schriftdolmetscher*innen gelöst werden kön-
- 26 nen. Die gehörlose/taube bzw. schwerhörige Menschen
- 27 haben den Bedarf auf die Gebärdensprach- und Schrift-
- 28 dolmetscher*innen, um mit den Politiker*innen auf der
- 29 Augenhöhe zu kommunizieren.
- 30
- 31 Durch Gebärdensprach- und Schriftdolmetscher*innen
- 32 kann die Kommunikation flüssiger und zeitsparender ge-
- 33 staltet werden.
- 34
- 35 Gehörlose/taube und schwerhörige Menschen haben ein
- 36 Recht auf politische Teilnahme; sie haben ein Recht dar-
- 37 auf, Informationen auf für sie verständliche Weise vermit-
- 38 telt zu kriegen. Das politische Geschehen muss für sie zu-
- 39 gänglicher werden und daher offener und inklusiver ge-
- 40 staltet werden.
- 41
- 42 Auch innerhalb der Jusos und der SPD gibt es noch gigan-
- 43 tische Barrieren für gehörlose/taube und schwerhörige
- 44 Menschen. Sollten diese an Partei-veranstaltungen teil-
- 45 nehmen, müssen sie sich oft selbst um Dolmetscher*in-
- 46 nen kümmern und die damit verbundenen Kosten wo-

47 möglich auch noch selbst tragen. Das hält gehörlose/taube
48 Menschen vom politischen Engagement zurück und ist
49 alles andere als inklusiv.

50

51 Die Gebärdensprach- und Schriftdolmetscher*innen
52 werden nach dem JVEG (Justizvergütungs- und -
53 entschädigungsgesetz) inkl. 85 EUR, Anfahrt, Abfahrt
54 und Fahrkosten ÖPNV geregelt. Für die Teilhabe entste-
55 hen somit Kosten, die allerdings auf keinen Fall durch die
56 gehörlosen/tauben Menschen selbst getragen werden
57 können.

58

59 Es muss daher klar geregelt sein, wer die Kosten für
60 Gebärdensprachdolmetscher*innen bzw. Schriftdolmet-
61 scher*innen übernimmt. Wir fordern, dass für Parteiver-
62 anstaltungen der SPD sowie ihrer Arbeitsgemeinschaften
63 die Kosten von Dolmetscher*innen von der SPD auf
64 sämtlichen Ebenen übernommen werden. Auch die Über-
65 nahme von technischen Hilfsmitteln muss klar geregelt
66 werden und niedrigschwellig zugänglich sein. Bei Anfra-
67 ge sollen sich die Organisator*innen um Dolmetscher*in-
68 nen und/oder technische Hilfsmittel kümmern. Außer-
69 dem müssen die Organisator*innen der Veranstaltungen
70 auf die verschiedenen Bedürfnisse für gehörlose/taube
71 sensibilisiert werden und sie bei der Vorbereitung ihrer
72 Teilnahme an den Veranstaltungen aktiv unterstützen. In
73 Einladungen muss explizit auf diese Möglichkeit hinge-
74 wiesen werden.